

FDP

Die Liberalen

## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 326 / 2014

Kiel, Freitag, 11. Juli 2014

Soziales / Geburtshilfe

## Anita Klahn: Die Landesregierung muss den Menschen vor Ort schnellstens helfen

In ihrer Rede zu Top 50 (Situation der Geburtshilfe) erklärt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Einleitend möchte ich meiner Verwunderung Ausdruck verleihen, dass dieser Tagesordnungspunkt erst am Ende der Plenarwoche ‚unter ferner liefen‘ eingeordnet wurde. Waren es doch die Koalitionsfraktionen, die große Erwartungen an das geburtshilfliche Konzept der Landesregierung geweckt haben und jetzt, wo es vorliegt, halten sie es nicht einmal für notwendig, es zu setzen. So unangenehm scheint ihnen dieses Thema mittlerweile zu sein.

Der vorliegende Bericht des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung bringt enttäuschenderweise keine neuen Erkenntnisse und schon gar keine befriedigenden Lösungen für die Kreise Nordfriesland und Ostholstein. Leider nutzt die Landesregierung selbst unter dem Punkt 7 ‚Perspektiven und Handlungsnotwendigkeiten‘ nicht die Chance, auf die nun wirklich deutlich formulierten Sorgen der werdenden Eltern einzugehen und dafür Lösungsansätze aufzuzeigen, sondern verlagert Verantwortlichkeiten auf die Bundesebene.

Es ist bekannt, dass Geburtshilfeabteilungen selbst nicht wirtschaftlich zu betreiben sind. Zukünftig kommen erhöhte Qualitätsanforderungen auf die Kliniken zu, die mit höheren Kosten einhergehen. Gerade in kleineren Häusern werden die Vorhaltungskosten aufgrund rückläufiger Geburtenzahlen nicht kompensiert. Hier ist also dringender Handlungsbedarf, wenn die medizinische Versorgung in strukturschwachen Regionen erhalten werden soll.

So wäre es also interessant gewesen, zu erfahren, wie die Landesregierung eine bedarfsgerechte Versorgung definiert und wie sie sich

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Christopher Vogt**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

zur zukünftigen geburtshilflichen Versorgung in Schleswig-Holstein positioniert.

Sie, Frau Ministerin Alheit, sind als Vertreterin der obersten Gesundheitsbehörde letztendlich durch gesetzliche Regelungen verantwortlich für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung – sowohl in den städtischen wie in den ländlichen Gebieten.

Dazu erinnere ich Sie an die gesetzlichen Vorgaben des Krankenhausfinanzierungsgesetzes. Danach hat das Land die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen sicherzustellen. Für eine bedarfsgerechte regionale Versorgung steht Ihnen als Steuerungsinstrument der Krankenhausplan zur Verfügung.

An dieser Stelle sehe ich durchaus die Ministerin in der Verantwortung, ihren Einfluss geltend zu machen, wenn Klinikbetreiber Fachabteilungen wie die Geburtshilfe ganz schließen oder wie jetzt aktuell der Sana-Konzern aus mehreren Häusern diese auf einen Standort zentriert und damit eine ganze Region wie das nördliche Ostholstein in eine kritische Versorgungssituation kommt.

Diese Einschätzung bestätigt die aktuelle Studie zur Geburtshilfe in Deutschland von Augurzky, Kreienberg und Mennicken. Nach deren Erkenntnis liegt die durchschnittliche Erreichbarkeit der klinischen Geburtshilfestationen in Deutschland derzeit bei zwölf Minuten, würde man die nächstgelegene Klinik aufsuchen – wobei die durchschnittliche Fahrtzeit zur tatsächlich ausgewählten Klinik 17 bis 19 Minuten beträgt. Die Autoren skizzieren, dass selbst bei Schließungen von Geburtshilfestationen Fahrtzeiten von maximal 20 Minuten erreicht werden würde.

Fahrtzeiten von mehr als 30 Minuten werden kritisch bewertet. Dieser Fall liegt im nördlichen Ostholstein vor, so wie es Prof. Kreienberg auch in seinem Schreiben an den Sozialausschuss (Umdruck 17/3103) klarstellt.

Als Lösung wird von wissenschaftlicher Seite vorgeschlagen, dass es zur ausgewogenen Versorgung der Bevölkerung mit geburtshilflichen Leistungen sogenannte ‚Sole Provider‘ geben muss, um sehr ländliche Gebiete, speziell in Randlagen zu versorgen. Oldenburg gehört dazu.

Um das zu erreichen, gibt es aktuell nur das Instrument des Sicherstellungszuschlages. Frau Ministerin, Sie müssen die Frage beantworten, ob Sie es für vertretbar halten, dass Schwangere bis zu einstündige Anfahrtswege zur nächsten Klinik haben. Ich sage, es ist nicht verantwortbar, so sehen es auch die Menschen in der gesamten Region. Die Resolutionen aus Fehmarn und Oldenburg kennen sie.

Ich halte auch das bisher vorgelegte Versorgungskonzept für völlig unzureichend, so dass es auf gar keinen Fall zu einer Schließung Oldenburgs im August kommen darf.

Wir sind in Oldenburg unter Zeitdruck. Die Landesregierung hat in den letzten Monaten schon zu viel Zeit verloren und nicht gehandelt. Ich appelliere an die Landesregierung: Helfen Sie den Menschen vor Ort. Verhandeln Sie mit den Klinikbetreibern und finden eine Lösung im Sinne der Familien. Es ist Ihre Verantwortung. Machen Sie klar, dass die Landesregierung die Region für unterversorgt hält und dass Sie einen Sicherstellungszuschlag unterstützen werden, dann werden die Sana-Kliniken auch einen Antrag auf Sicherstellung stellen. Davon bin ich überzeugt.

Aufgrund der Zeitschiene beantrage ich Abstimmung in der Sache und bitte um Unterstützung unseres Antrages, da er eine klarere Aussage trifft.“